Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher: Schneeberg 51. Aue 25. Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

№ 24. Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 50 Pfg. Inserate werden von 6 gespaltener Zeile mit 10 Pf., im amtlichen Teil die 3 gespaltene Zeile mit 30 Pf., Reklamen die 2spaltene Zeile mit 25 Pfg. berechnet; tabellarischer, außergewöhnlicher Satz nach erhöhtem Tarif.

Dienstag, den 29. Jan. 1895.

Post-Zeitungsliste Nr. 7140

Inseraten-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis Vormittags 11 Uhr. Eine Garantie für die Aufnahme der Inserate bis an den vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle wird nicht abgegeben. Unentgeltliche Aufträge werden grundsätzlich nicht ausgeführt. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte leistet die Redaktion nicht Gewähr.

49. Jahrgang.

Nach Mittheilung der Königl. Oberforstmeisterei zu Schwarzenberg beabsichtigt der Königl. Forstfiscus **innerhalb des Großpöhlaer Staatsforstreviers**

1., den bei dem Gasthofe zum „Siegelhof" in Pöhla von der Raschau-Rittersgrüner Straße abzweigenden durch die Gemeindeflur Pöhla, das genannte Staatsforstrevier und weiter nach Oberwiesenthal führenden sogen. **„Luchsbachweg"** und

2., die in Unterrittersgrün von der fiscalischen Straße abzweigende, durch Rittersgrün in die Staatswaldung führende, im Pöhlaer Staatsforstreviere in den Luchsbachweg einmündende und nach Oberwiesenthal führende sog. **„Floßbahn"**

als öffentliche Wege einzuziehen.

Einwendung gegen dies Vorhaben sind binnen dreiwöchiger Frist, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung angerechnet, hier anzubringen.

Schwarzenberg, am 25. Januar 1895.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Frhr. von Wirsing.
C.

Nachruf.

Ihrem langjährigen, treuen und hochgeschätzten Mitgliede, dem am 25. ds. Mts. abgerufenen

Herrn Fabrikbesitzer Julius Kübler
in Georgenthal

ruft schmerzerfüllt einen herzlichen Abschiedsgruss in die Ewigkeit nach.

Schwarzenberg, am 27. Januar 1895.

Die Bezirksversammlung.

Bekanntmachung,

die konfessionelle Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen betr.

Die Königliche Bezirksschulinspection nimmt anläßlich der bevorstehenden Aufnahme der schulpflichtig werdenden Kinder in die Schule Veranlassung, darauf aufmerksam zu machen, daß nach dem Gesetze vom 1. November 1836, die Ehen unter Personen evangelischen und katholischen Glaubensbekenntnisses betreffend, die aus gemischten Ehen stammenden Kinder in der Regel in der Konfession des Vaters zu erziehen sind, daß jedoch den Eltern gestattet ist, durch freie Uebereinkunft vor dem ordentlichen Richter des Ehemannes hierüber unter sich etwas Anderes festzusetzen, daß aber auf die Erziehung derjenigen Kinder, welche das sechste **Jahr bereits erfüllt haben**, der Abschluß solcher Vereinigungen **ohne** Einfluß ist.

Es ist daher der Vertrag über eine etwa beabsichtigte abweichende konfessionelle Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen rechtzeitig abzuschließen.

Zwickau, den 19. Januar 1895.

Die Königliche Bezirksschulinspektion.
Dr. Schnorr von Carolsfeld. Lohse.
H.

Auf dem neuerrichteten Fol. 256 des Handelsregisters für Neustädtel, Aue und die Dorfschaften ist heute die Firma: **Max Haas** in Aue und als deren Inhaber Herr **Max Haas**, Ingenieur in Aue, eingetragen worden.

Schneeberg, den 24. Januar 1895.

Königliches Amtsgericht.
Müller.
R.

Auf Fol. 3 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **A. H. Vogel** zu Schwarzenberg betr., ist heute verlautbart worden, daß

1. die Firma künftig
Arno Paul
vorm.: **A. H. Vogel**

firmirt,

2. Frau Wilhelmine verehel. **Vogel** in Schwarzenberg

als Inhaberin ausgeschieden, dagegen

3. Herr Kaufmann Arno **Paul** in Schwarzenberg

Inhaber der Firma ist.

Schwarzenberg, am 26. Januar 1895.

Königliches Amtsgericht.
Hettoß.
Oeser.

Die Sparkasse zu Johanngeorgenstadt
verzinst Einlagen mit 3½ %.

Schneeberg, am 27. Januar.

Wochenschau.

Se. Majestät der König hat sich persönlich nach Berlin begeben, um dem Kaiser seine Glückwünsche zu dem heutigen Geburtstage darzubringen.

Der Deutsche Reichstag behandelte in erster Lesung die Novelle zum Zolltarif und die Vorlage über die Rechtsverhältnisse der Binnenschiffahrt. Diese Vorlage fand vielfache Anerkennung; bei der Zollnovelle wurde fast nur von den Wirkungen des russischen Handelsvertrages und von dem Zoll auf Quebrachoholz gesprochen. In der Mittwochssitzung wurde der Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises wiederum angenommen. Die Regierung stellt sich jetzt etwas freundlicher zu demselben; wenn von ihrem Vertreter aber behauptet wurde, bei Umfragen im Lande höre man immer nur gegen, aber fast nie für den Befähigungsnachweis Wünsche laut werden, so ist uns das einfach unverständlich. In den Kreisen der Handwerker, wie des konsumirenden Publikums in seiner ungeheuern Majorität ist entschieden die entgegengesetzte Meinung und Stimmung zu beobachten.

Bei den Kommissionsberathungen über die Umsturzvorlage hat sich bereits gezeigt, wie bedenklich es war, dieselbe den Sozialdemokraten nicht unmittelbar auf den Leib zuzuschneiden. Die sozialdemokratischen Mitglieder haben das — wohl mit Recht — als Furcht und Schwäche der Regierung aufgefaßt und die Vorlage, deren ängstliche Zurückhaltung noch aus der Aera Caprivi stammte, mit Hohn und Spott behandelt. Endlich in der Freitagssitzung wies der Staatssekretär Nieberding den Abbröckelungsversuchen der Sozialdemokraten und Freisinnigen einmal ernstlich die Zähne, und sofort kam die Sache in ein flotteres Tempo.

Die Reichstagsbaukommission hat die vorgeschlagene Inschrift „dem deutschen Volke" definitiv fallen lassen; warum, das wissen die Götter. Ihr Vorschlag, das neue Haus vom Reiche „dem deutschen Reiche" weihen zu lassen, gefiel aber wiederum dem deutschen Volke ganz und gar nicht. Nun ist der Compromißvorschlag aufgetaucht, „dem deutschen Vaterlande" über die Pforte zu schreiben. Vielleicht geht das durch.

Zu der Etatsberathung im preußischen Abgeordnetenhause hatte als erster Redner der Abg. Richter das Wort ergriffen und in seiner bekannten, Alles abweisenden Manier alle die Zweifel und Bedenken vorgebracht, die man schon seit einiger Zeit in der „Freis. Ztg." gelesen hatte. Zugleich hielt er es für angezeigt, die vom Kaiser beliebten Ministerwechsel einer bitteren, in dieser Weise durchaus nicht berechtigten Kritik zu unterziehen. Auf dem einen, wie auf dem anderen Felde aber hatte er seine Schlüsse auf unbewiesenen Behauptungen aufgebaut und wurde daher von dem Finanzminister Miquel, dem Staatsminister v. Bötticher und dem Reichskanzler Fürst Hohenlohe mit leichter Mühe widerlegt und in die Schranken zurückgewiesen. Auch der Centrumsredner Bachem, der ein bischen in Kulturkampf machte, hatte mit seiner Behauptung der mangelnden Parität kein rechtes Glück. Am Mittwoch war die erste Lesung des Etats bereits beendet. Der Gesammteindruck dieser Verhandlungen war insofern ein recht wenig erfreulicher, als aus allen Reden ein Mißklang zwischen der Reichstagsmehrheit und den einzelstaatlichen Gliedern des Reiches herauszuhören ist. Der Redner der radikalen Linken und ebenso sehr die Presse dieser Richtung verrathen nur zu deutlich, daß sie selbst dieses Mißverhältniß unbequem empfinden. Sonst könnten sie sich doch das Bemühen ersparen, die Landesvertretung als solche, namentlich die preußische, gegenüber der Reichsvertretung nach Möglichkeit herabzusetzen. Wenn es kein anderes Mittel mehr gäbe, das Ansehen des Reichstags zu mehren, als die Verkleinerung der Landtage in der Achtung der radikalen Gefolgschaften, so wäre an diesem Punkte die Verdunkelung des Reichsgedankens eine leidige Thatsache, zumal das Mittel völlig wirkungslos bleibt. Denn mit allen abfälligen und ärgerlichen Bemerkungen über die Vertretungen der Particularstaaten kommt man doch nicht über den entscheidenden Umstand hinweg, daß dort in den Einzelstaaten die großen Mehrheiten, welche das Landesinteresse beim Reichstage geltend machen, in voller Uebereinstimmung mit ihren Landesregierungen sich befinden, während hier im Reiche die Mehrheit der Volksvertretung auch nicht von einer einzelnen Landesregierung, geschweige von den verbündeten Regierungen oder von den Reichsverwaltungen sich gedeckt weiß.

Zum ersten Male ist ein geborener Elsässer in ein hohes Amt der Reichslande berufen worden: der Freiherr Zorn von Bulach wurde zum elsaß-lothringischen Unterstaatssecretär ernannt. Man muß die Ernennung als einen Versuch ansehen; einstweilen sind die Meinungen über dessen wahrscheinlichen Erfolg noch getheilt.

Die gegenwärtige Session des italienischen Parlaments ist am Montag geschlossen worden. Die Regierung hat also von einer Auflösung vor der Hand abgesehen; der allgemeinen Meinung nach wird einer solchen aber doch in einigen Monaten entgegengesehen.

Der Papst verhält sich der italienischen Regierung gegenüber sehr entgegenkommend; denn die Entwickelung der Dinge in Frankreich gefällt ihm nicht. Man scheint in Paris aus den Verlegenheiten nicht heraus zu kommen. Der Radikale Bourgeois hat zweimal den Auftrag zur Kabinetsbildung angenommen, aber beide Mal trotz der größten angewandten Mühe wieder zurücktreten müssen. Ebenso ging es Loubet, und neuerdings sind Ribot's Anstrengungen einstweilen nur von Hoffnungen, aber nicht von unzweifelhaftem Erfolge gekrönt.

Griechenland geht seinem Ruin entgegen. Daß es finanziell gründlich verkracht ist und sich nie wieder erheben kann, ist eine alte Geschichte; daß Deiyannis im Ministerpräsidium den Trikupis ablöst, ist noch weniger etwas Neues. Aber daß Deiyannis offen ausgesprochen hat, diesmal handele es sich nicht um eine Minister-, sondern um eine Staatskrisis, das ist die traurige Wahrheit, die jede Hoffnung auf eine Erhaltung oder gar Gesundung diesen morschen Staatswesens ausschließt.

Den Gerüchten über Abdankungsabsichten des Königs Leopold II. von Belgien hatte man bisher keine Bedeutung beigelegt, da sich die Regierung, der sie zu Ohren gekommen sein müssen, darüber in keiner Weise äußerte. Nunmehr hat aber das Antwerpener „Handelsblad", dessen Beziehungen zur Regierung bekannt sind, jene Abdankungsgerüchte noch mit dem Zusatze bestätigt, der König wolle sich, nachdem sein Congounternehmen endgiltig gescheitert sei, nach England ins Privatleben zurückziehen. Wenn ein officiöses Blatt derartige Gerüchte wiedergiebt, so können sie nicht ohne ernste Grundlage sein, es sei denn, daß damit nur der Zweck verfolgt würde, einen Druck aufs Parlament auszuüben. Thatsächlich hat sich in der Frage der Congoerwerbung wieder einmal die sprichwörtliche Ungeschicklichkeit des Ministerpräsidenten de Burlet erprobt, indem er sich statt die Frage vom sachlichen Standpunkt zu behandeln, fortgesetzt auf den Wunsch des Königs berief und damit die Krone in die Debatte zog. Jetzt ist die Krone in der Angelegenheit allerdings schon so weit gegangen, daß die Verwerfung der Vorlage oder selbst nur deren Zurückziehung das Ansehen des Monarchen schwer schädigen müßte und in ihm wohl den Gedanken an eine Abdankung aufkommen lassen könnte. Eines steht heute bereits fest. Ohne vorhergehende Einsetzung eines besonderen Untersuchungsausschusses wird sich keine Mehrheit im Parlamente für die Einverleibung des Congostaates finden, und die Regierung wird sich wohl oder übel dazu bequemen müssen, den Untersuchungsausschuß, den sie ursprünglich ablehnte, anzunehmen, wenn sie eine schwere Krise vermeiden will.

Der nunmehr von der dritten japanischen Armee vom Lande aus und von einer japanischen Flotte von der Seeseite eingeschlossene Kriegshafen Weihaiwei ist von den Chinesen in der Absicht angelegt worden, daß er in Verbindung mit dem an der Nordseite der Straße von Petschili gelegenen Kriegshafen Port Arthur den Eingang zum Busen von Petschili sperre. Den Hafen bildet eine tiefe geräumige Bucht, nach Norden von einem Vorgebirge, nach Osten durch zwei vorgelagerte Inseln, Liukungtau und Itau, geschützt. Um den Hafen zieht sich eine Kette von sieben Forts und auch auf auf den Inseln sind drei errichtet; ihre Artillerie besteht aus schweren Kruppschen und Armstronggeschützen auf Versenkungslafetten. Die Hafeneingänge sind durch Torpedos gesperrt. Als Besatzung sollen 11 000 Mann dort stehen, meist Artilleristen. Weihaiwei birgt die Marinewerkstätten, und die chinesische Flotte, der es gelang, aus Port Arthur vor der Ex-